

Moskau erwägt die Einführung einer Krankenversicherung

MOSKAU. Die Sowjetunion erwägt als Teil einer umfassenden Reform des Gesundheitswesens erstmals die Einführung einer gesetzlichen Krankenversicherung. Wie der sowjetische Gesundheitsminister Igor Denisow in einem Interview in der „Prawda“ erklärte, habe sich das bisherige System der direkten Subventionierung des Gesundheitswesens aus dem Staatshaushalt als unzureichend erwiesen. Denn nur drei Prozent des Budgets würden für die medizinische Versorgung der Bevölkerung aufgewendet.

● Nach den Vorstellungen des Ministers würden nicht die Arbeitnehmer, sondern die Arbeitgeber die Beiträge für die Krankenversicherung – etwa zehn Prozent des Monatslohnes – entrichten. Eine ebenso hohe Summe würde der Staat zahlen. Falls der Arbeitnehmer die Versicherung ein Jahr lang nicht in Anspruch nimmt, würde er am Ende des Jahres 50 bis 75 Prozent der Prämie als Bonus erhalten. Das wäre nach Ansicht von informierten Beobachtern auch ein zusätzlicher Anreiz, das in der UdSSR verbreitete „Krankfeiern“ zu unterbinden.

● Wie Denisow weiter erklärte, wird in seinem Ministerium außerdem eine „grundsätzlich neue Konzeption“ für die Bezahlung von Ärzten und medizinischem Personal ausgearbeitet. Zur Zeit lägen die Löhne und Gehälter um 30 Prozent unter dem Landesdurchschnitt. Rund 300 000 Ärzte in der Sowjetunion hätten zudem gegenwärtig keine Wohnung. Auf ausländische Hilfe und Gemeinschaftsunternehmen setzt Moskau nach Angaben von Denisow bei der Beseitigung des Arzneimitteldefizits in der Sowjetunion. „Wir haben praktisch keine eigene Pharmain-

dustrie im eigentlichen Sinn“, meinte der Minister. Die völlig veralteten Betriebe könnten nur 50 Prozent des Gesamtbedarfs decken. Besonders bedrohlich sei gegenwärtig die Situation bei Einwegspritzen. Der errechnete Jahresbedarf liege bei sechs Milliarden Stück. Im Plan sei jedoch nur die Produktion von 1,8 Milliarden Stück vorgesehen, von denen aber lediglich rund die Hälfte tatsächlich hergestellt werde. dpa

Größter Kongreß zur Gesundheitserziehung

HELSINKI. Die größte internationale Veranstaltung zur Gesundheitserziehung findet im nächsten Sommer in der finnischen Hauptstadt Helsinki statt. Die „14. Weltkonferenz zur Gesundheitserziehung“ läuft vom 16. bis zum 21. Juni und wird vom finnischen Ministerium für Gesundheitserziehung, der Internationalen Union für Gesundheitserziehung, der Weltgesundheitsorganisation und der UNESCO organisiert.

Rund 1500 Teilnehmer erwartet das finnische Organisationskomitee schon heute. Wichtigstes Thema wird sein, wie sich jeder einzelne mehr Wissen über den Schutz seiner persönlichen Gesundheit verschaffen kann. Dazu wird es Arbeitsgruppen geben, die sich in Projekten beispielsweise mit den Folgen des Rauchens oder des ungeschützten Geschlechtsverkehrs befassen oder die herauszufinden versuchen, wie sich moderne Technik in der Gesundheitserziehung einsetzen läßt. Auch die Frage, inwieweit es möglich ist, die Lebensgewohnheiten der Menschen in den reichen Industrienationen zum Schutz der Gesundheit zu ändern, soll erörtert werden.

Weitere Informationen: Finnish Council for Health Education, Karjalankatu 2 C 63, SF-00520 Helsinki, Finland, Tel.: 358 0 148 5640. WZ

Auseinandersetzung um Sterbehilfe

PARIS. Eine regionale Ärztekammer hat gegen den in Frankreich hoch angesehenen Onkologen Professor Leon Schwartzberg ein Berufsverbot ausgesprochen, weil er darüber berichtet hatte, daß er einer unheilbar kranken Patientin zu einem „sanften Tod“ verholfen habe. Schwartzberg hat Berufung eingelegt.

Der Onkologe hat schon des öfteren für Kontroversen gesorgt, nicht zuletzt durch seine zwei Bücher „Changer la mort“ und „Requiem pour la vie“. Anlaß für das einjährige Berufsverbot war ein Artikel im „Journal du Dimanche“, in dem er geschildert hatte, wie er einer unheilbar Kranken geholfen habe, ihre qualvollen Schmerzen zu beenden, im Einverständnis mit der Patientin und ihren Angehörigen.

gen. Offenbar handelte es sich um einen Fall, in dem Schmerzinderung durch Medikamente unter Inkaufnahme eines schnelleren Todes betrieben würde, eine Situation, die beispielsweise vom Weltärztebund und in vielen anderen nationalen Richtlinien als legitimer Anlaß für eine Güterabwägung zugunsten der Schmerzinderung angesehen wird. Schwartzberg erhält in diesem Fall Unterstützung von Gesundheitsminister Evin, der ebenfalls Einspruch gegen das Urteil des regionalen „Ordre des Médecins“ eingelegt hat. Auch Prof. Schwartzberg war schon einmal Gesundheitsminister, nämlich exakt Vorgänger von Evin. Allerdings nur zehn Tage lang: Dann hatte seine Empfehlung, Süchtigen die Drogen von Staats wegen zur Verfügung zu stellen, so hohe Wellen geschlagen, daß Präsident Mitterrand ihn entlassen mußte. bt

Behinderten-Gesetz verabschiedet

WASHINGTON. Der Senat hat einem Gesetzentwurf zugestimmt, der zahlreiche Rechte für die etwa 43 Millionen geistig oder körperlich Behinderten in den USA vorsieht. So sollen Unternehmen mit mehr als 15 Beschäftigten künftig Behinderten wegen deren Gebrechen keinen Arbeitsplatz verweigern dürfen, und alle öffentlichen Einrichtungen sollen nach und nach behindertengerecht ausgestattet werden. Der Senat billigte die Vorlage mit 91 gegen sechs Stimmen; das Repräsentantenhaus hatte dem Gesetzentwurf bereits mit 377 gegen 28 Stimmen zugestimmt. Präsident George Bush hat angekündigt, daß er das Gesetz bereits in Kürze unterzeichnen werde. Der Sprecher des Weißen Hauses bezeichnete das neue Gesetz als „eine der wesentlichsten Errungenschaften“ der Regierungspolitik. afp

Blutspendesperre für Einwanderer

WASHINGTON. Neue Einwanderer in die Vereinigten Staaten von Amerika sollen möglicherweise für eine bestimmte Dauer, etwa zwei Jahre, kein Blut spenden dürfen. Von dieser Regelung verspricht sich die US-Regierung gewisse Chancen, AIDS eindämmen zu können. Bisher war lediglich Bürgern aus Haiti und afrikanischen Ländern südlich der Sahara auf Geheiß der Food and Drug Administration (FDA) das Blutspenden untersagt. Eine mit der Beratung der FDA beauftragte Kommission hatte nach zahlreichen heftigen Protesten in der Öffentlichkeit eine Änderung dieser Anordnung empfohlen. Ein FDA-Sprecher versicherte jetzt, man habe niemanden diskriminieren wollen. Mehrere tausend Haitianer hatten im Frühjahr in der Stadt New York gegen das Blutspendeverbot demonstriert. afp